

## Bildung in kommunaler Verantwortung

### Interview mit Klaus Hebborn, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städtetages

► **Regionalisierung und Kommunalisierung sind zentrale Leitlinien der aktuellen Bildungspolitik. So empfiehlt der Innovationskreis Weiterbildung bei der Umsetzung einer Strategie lebenslangen Lernens, ein „kohärentes Bildungsmanagement vor Ort zu entwickeln und zu fördern“. Eine stärkere lokale Vernetzung soll dazu beitragen, Bildungsstationen und -angebote besser aufeinander abzustimmen und zu verzahnen. Auch die Kommunen bringen zunehmend ihre Verantwortung und Zuständigkeit bei der Umsetzung von Reformen im Bildungssystem ins Spiel.**

**BWP.** Herr Hebborn, wie lässt sich das Interesse am verstärkten Engagement der Kommunen für Bildung begründen?

**Hebborn.** Bildung ist in den letzten Jahren ein zentrales Handlungsfeld der Kommunalpolitik geworden, und viele Städte haben ihr Engagement in diesem Bereich erheblich verstärkt. Hierfür gibt es handfeste Gründe: Die kommunale Ebene ist Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, hier werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe der Individuen gelegt. Die Eröffnung und Sicherung gleicher Bildungschancen ist somit ein wesentlicher Teil kommunaler Daseinsvorsorge. Ein zweiter Aspekt ist die Bedeutung von Bildung für Entwicklungspotenziale und -chancen der Städte und Regionen. Ein qualifiziertes und ausreichendes Arbeitskräfteangebot ist ein wesentlicher Faktor für die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortentwicklung. Zudem hat ein kommunales Engagement in der Bildung auch direkte finanzielle Auswirkungen: Die Städte sind von Fehlentwicklungen in der Bildung, etwa



**KLAUS HEBBORN**

Jahrgang 1956

- Seit 2006 Beigeordneter und Leiter des Dezernats Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städtetages
- 1990–2006 Hauptreferent für Bildung beim Deutschen Städtetag
- Lehramtsstudium mit Abschluss 2. Staatsprüfung S IIII

Arbeitsschwerpunkte:

- Weiterentwicklung und Vernetzung kommunaler Bildungsangebote („Kommunale Bildungslandschaft“)
- Weiterbildung und lebenslanges Lernen
- Kommunale Kulturpolitik

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

von Schul- oder Ausbildungsabbrüchen ebenso betroffen, wie sie von Erfolgen profitieren. Jede erfolgreiche Bildungsbiografie schont somit die kommunalen Sozialausgaben ebenso, wie umgekehrt jeder Bildungsabbruch die Städte erheblich finanziell belastet. Und last but not least: Die in der Bildung vielfach beklagte Zersplitterung von Zuständigkeiten und mangelnde Kooperation der verschiedenen Akteure kann am ehesten auf der kommunalen Ebene überwunden werden. Den Städten kommt eine wichtige Rolle dabei zu, die verschiedenen Akteure und Maßnahmen konkret vor Ort zusammenzuführen und somit einen wirksamen Beitrag für mehr Qualität sowie erfolgreiche Bildungsbiografien zu leisten.

**BWP.** Mit der Föderalismusreform wurden die Kompetenzen der Länder in Bildungsfragen gestärkt. Welche Verantwortung und Gestaltungsoptionen sehen Sie da noch für die Kommunen?

**Hebborn.** Zunächst ist festzustellen, dass die kommunalen Zuständigkeiten in der Bildung durch die Föderalismusreform nicht grundsätzlich verändert worden sind. Sie umfassen weiterhin ein breites Spektrum von der früh-

kindlichen Bildung über die Schulträgerschaft bis zur Weiterbildung und den Einrichtungen der kulturellen Bildung. Die Föderalismusreform hat zuvorderst die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern verändert, wobei die Koordinaten zugunsten der Länder verschoben wurden. Aus Sicht der Kommunen ist es wichtig, mit den Ländern in einen Dialog über die Ausweitung kommunaler Entscheidungsrechte und Gestaltungsoptionen einzutreten.

Gleichwohl ist die Föderalismusreform in der Bildung aus kommunaler Sicht kritisch zu beurteilen. Insgesamt steht eine weitere „Föderalisierung“ des Bildungswesens zu befürchten, verbunden mit noch weniger Vergleichbarkeit, der Einschränkung von Mobilität und Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Die nunmehr weggefallene Möglichkeit des Bundes, die Bildungsentwicklung durch Investitionsprogramme in gesamtstaatlich wichtigen Bereichen zu fördern, ist problematisch: Programme wie das Ganztagschulprogramm der früheren Bundesregierung sind nicht mehr möglich. Mit diesen Programmen sind vielfach in den Kommunen wichtige Voraussetzungen zur Implementierung ganztägiger Betreuung bzw. von Ganztagschulen geschaffen worden. Aktuell kann man beim Investitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturpakets II feststellen, welche Restriktionen sich Bund und Länder bei der Föderalismusreform selbst auferlegt haben. Von daher muss die Föderalismusreform in diesem Punkt korrigiert werden. Es muss auch künftig möglich sein, dass der Bund in gesamtstaatlich wichtigen Feldern die Bildungsentwicklung in Deutschland fördern kann.

**BWP\_** Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem anzugehen? Welche Chancen bietet eine stärkere Vernetzung von kommunalen Aktivitäten und Akteuren gerade im Bereich der beruflichen Bildung?

**Hebborn\_** Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist die stärkere Zusammenführung der unterschiedlichen Zuständigkeiten und Maßnahmen auf der örtlichen Ebene. Dabei ist die Forderung nach mehr Kooperation oder weitergehend nach „Vernetzung“ der unterschiedlichen Bildungsbereiche nicht neu. Die Begründung und Zusammenhänge sind vielfältig: Im Kern sind es vor allem die zunehmend komplexen Problemlagen und Anforderungen, die ein koordiniertes bzw. vernetztes Zusammenwirken der verschiedenen Akteure erfordert. Viele – wenn nicht die meisten – Problemlagen und Anforderungen in der Bildung sind aufgrund ihrer Komplexität nicht mehr mit einem „versäulten“ Bildungssystem, in dem die einzelnen Akteure weitgehend isoliert und ohne Bezug handeln, zu bewältigen. Dies gilt auch und gerade im Bereich der beruflichen Bildung. Ein koordiniertes Zusammenwirken im Rahmen eines systematischen Übergangsmanagements bietet Chancen zur Verbesserung der Ausbildungsreife von Schulabgängern, zur Erhöhung

der Übergangsquote in Ausbildung und Beruf und auch für eine Verbesserung der Ausbildung vor Ort insgesamt.

**BWP\_** Die Gestaltung eines Übergangsmanagements ist zu einem lokalen Handlungsfeld höchster Priorität geworden. Welche Potenziale eines vernetzten Engagements sind hier bereits sichtbar geworden, um den Weg von der Schule in die Arbeitswelt zu gestalten?

**Hebborn\_** Der Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung bzw. in die Arbeitswelt ist eine neuralgische Stelle unseres Bildungssystems, die der besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Betroffen sind insbesondere Absolventen der Hauptschulen bzw. Jugendliche ausländischer Abstammung. Generell ist festzustellen, dass die traditionelle Abfolge Schule – Berufsausbildung – Arbeit vielfach nicht mehr funktioniert. Dabei ist festzustellen, dass es keinen Mangel an Förder- und Unterstützungsangeboten gibt. Die Vielfalt der Angebote, deren Intransparenz und die fehlende systematische Vernetzung der Angebote sind vielmehr das Problem. Hier muss es zu einer besseren Abstimmung der unterschiedlichen Maßnahmen und Programme kommen.

Viele Städte und Gemeinden haben vielversprechende Ansätze eines kommunalen Übergangsmanagements entwickelt. Zentrale Punkte dabei sind eine frühzeitige Berufsorientierung und Kompetenzfeststellung in den Schulen, die Sicherstellung einer Anschlussorientierung aller Maßnahmen, eine systematische Kooperation aller Akteure und nicht zuletzt eine Evaluation und Dokumentation der Ergebnisse als Grundlage für die Steuerung. Die Kommunen können hier eine wichtige Funktion übernehmen, indem sie ein systematisches Übergangsmanagement als örtlich gesteuertes, flexibles und die unterschiedlichen Zuständigkeiten vernetzendes Regelsystem organisieren. Wichtig erscheint dabei, dass es einerseits einen politischen Konsens einschließlich einer Umsetzungsstrategie gibt und sich die Stadtspitze persönlich engagiert. Andererseits erscheint es wichtig, auch bürgerschaftliches Engagement wie z. B. Stipendien oder Ausbildungspatenschaften in ein solches System einzubeziehen. Durch ein systematisches Übergangsmanagement – dies zeigen die Ergebnisse in den Städten – können Berufswahlentscheidungen verbessert, Ausbildungsabbrüche wirksam verhindert sowie die verschiedenen Ressourcen und Professionalitäten effizienter eingesetzt werden.

**BWP\_** Leitbild des Engagements in den Städten – so die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages – ist die „kommunale Bildungslandschaft“ als ein vernetztes System von Erziehung, Bildung und Betreuung. Welche lokalen Akteure sind dabei auch mit Blick auf die berufliche Bildung konkret zu beteiligen?

**Hebborn\_** Die konkrete Umsetzung der „kommunalen Bildungslandschaft“ als vernetztes (Regel-)System von Erziehung, Bildung und Betreuung basiert auf den Kooperationen der verschiedenen Akteure. Im Bereich der beruflichen Bildung sind als wichtigste Akteure die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, die Agenturen für Arbeit, die Träger der Grundsicherung (ARGen bzw. Optionskommunen), die zuständigen kommunalen Fachämter (insbesondere Jugend-/Schulamts), die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Betriebe und Organisationen der Wirtschaft (Kammern) sowie ein Vielzahl weiterer Akteure wie z. B. freie Träger der Jugendhilfe, Kirchen, Gewerkschaften und nicht zuletzt zivilgesellschaftliche Organisationen zu nennen.

#### **Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages**

Mit der Aachener Erklärung fordern Städte und Gemeinden, in der Bildungspolitik künftig eine stärkere Rolle zu spielen. Als bürgernächste Ebene sehen sie eine besondere Verantwortung, gemeinsam mit den Ländern Bildungsdefizite in Deutschland abzubauen.

Die vielfältigen Bildungsangebote vor Ort sollen zu einer „kommunalen Bildungslandschaft“ vernetzt werden. Damit wollen die Städte Bildung noch stärker als zentrales Feld der Daseinsvorsorge anerkennen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzen.

Die Aachener Erklärung wurde anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007 in Aachen verabschiedet.

[www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2007/17.pdf](http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2007/17.pdf)

**BWP\_** Ein „Knackpunkt“ könnte sein, Zuständigkeitsdenken der unterschiedlichen Bereiche zugunsten einer gemeinsamen Verantwortung für die Gestaltung eines kohärenten Bildungsangebots zu überwinden. Wie sollten Rahmenbedingungen gestaltet werden, um bei den Akteuren vor Ort die Bereitschaft zu wecken, eng miteinander zu kooperieren und gleichzeitig ihre Handlungsspielräume und Kompetenzen im Netzwerk zur Geltung zu bringen?

**Hebborn\_** Wichtigste Voraussetzungen für erfolgreiche und auf Dauer angelegte Zusammenarbeit der lokalen Akteure sind Freiwilligkeit und gleichberechtigte Partnerschaft. Zusammenarbeit sollte aus Überzeugung und nicht aus Zwang erfolgen. Jeder der beteiligten Partner muss sich mit seiner Professionalität und seinen Ressourcen und Möglichkeiten einbringen können. Es hilft wenig, über Zuständigkeiten zu diskutieren; stattdessen sollte zunächst eine Verständigung über gemeinsame Ziele erfolgen. Neben einer „politischen“ Verständigung ist darüber hinaus eine dauerhafte Infrastruktur für die Umsetzung der gemeinsamen Zusammenarbeit wichtig. Dabei haben sich folgende Strukturelemente nach den bisherigen Erfahrungen als sinnvoll erwiesen:

- Für die Organisation der Zusammenarbeit sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch sollte eine Geschäftsstelle bzw. ein Bildungsbüro geschaffen werden, das die Zusammenarbeit organisiert und das Netzwerk managt.

- In einem Lenkungskreis bzw. einer Bildungskonferenz, in dem/in der alle Beteiligten Sitze und Stimme haben, sollte eine Verständigung über Ziele, Maßnahmen und Ressourcen erfolgen.
- In Facharbeitskreisen bzw. Projekten können bestimmte Themen – ggf. auf Stadtteilebene – vertieft bearbeitet werden. Gerade diese gemeinsame Arbeit an konkreten Themen ist in vielen Städten Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit im größeren Zusammenhang.
- Schließlich ist eine regelmäßige Dokumentation der Ergebnisse notwendig zur Evaluation der getätigten Maßnahmen bzw. als Ansatzpunkt für künftige Aktivitäten. Insgesamt ist klarzustellen, dass die Kommunen in der kommunalen Bildungslandschaft bzw. dem Netzwerk keine dominierende Rolle einnehmen, sondern eher moderierende und motivierende Funktion übernehmen. Die Steuerung der gemeinsamen Aktivitäten sollte in der gemeinsamen Bildungskonferenz bzw. im Lenkungskreis erfolgen.

**BWP\_** Für ein ähnliches Modell macht sich die Weinheimer Initiative stark. Sie sieht einen Erfolg versprechenden Weg im Zusammenwirken von breit angelegten Bündnissen lokaler Akteure – den sogenannten lokalen Verantwortungsgemeinschaften – und kommunaler Koordinierung. Wie beurteilen Sie dieses Modell? Gibt es bereits Erfahrungen aus Städten oder Gemeinden?

**Hebborn\_** Das von der Weinheimer Initiative propagierte Modell ist inhaltlich weitgehend deckungsgleich mit der vom Deutschen Städtetag vertretenen Leitidee der kommunalen Bildungslandschaft. Wir begrüßen daher die Weinheimer Initiative und unterstützend diese. Was die Umsetzung betrifft, gibt es bereits in einer ganzen Reihe von Städten Ansätze und z. T. weiter gehende Konzepte. Dabei finden unterschiedliche Begrifflichkeiten wie bspw. „Bildungsregionen“ oder „Bildungsnetzwerke“ Verwendung. Im Kern verfolgen alle Konzepte das gleiche Ziel, nämlich die Verstetigung der Kooperation der Bildungsinstitutionen sowie deren Vernetzung zu einem lokalen Bildungssystem durch die Schaffung verbindlicher und auf Dauer angelegter Strukturen. Hierfür einige Beispiele:

In NRW haben die Landesregierung und 20 kreisfreie Städte und Kreise im Sommer 2008 Kooperationsvereinbarungen zur Errichtung „Regionaler Bildungsnetzwerke“ abgeschlossen. Diese sehen die Einrichtungen von lokalen Bildungskommissionen und Lenkungsgremien und Bildungsbüros vor. Die Bildungsbüros und deren personelle Ausstattung werden vom Land und von den Kommunen gemeinsam finanziert. Auch in Städten anderer Bundesländer sind ähnliche Kooperationsstrukturen geschaffen worden. In Freiburg wird im Rahmen eines Projekts der Bertelsmann-Stiftung die „Bildungsregion Freiburg“ errichtet. In Nürnberg liegt der Schwerpunkt der Zusammenarbeit im Bereich des kommunalen Übergangsmanagements Schule – Beruf.

Wenngleich die bisherigen Ansätze und Konzepte noch vielfach stark auf den Schulbereich ausgerichtet sind, strahlt ihre Wirkung zunehmend auch auf die anderen Bildungsbereiche aus. Mittelfristig erscheint es notwendig, über die Schulen hinaus auch die frühkindliche Bildung und die Weiterbildung im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes einzubeziehen.

#### Die Weinheimer Initiative 2007

Die Weinheimer Initiative 2007 ist eine Gruppe engagierter Expertinnen und Experten aus Kommunen, Betrieben, Stiftungen, Verbänden, Instituten und zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich auf Anregung der Freudenberg-Stiftung und unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zusammengefunden hat. Eine zentrale Forderung ist, die öffentliche Verantwortung für Bildung durch „lokale Verantwortungsgemeinschaften“ und „kommunale Koordinierung“ wahrzunehmen mit dem Ziel, Jugendliche dabei zu unterstützen, berufliche Perspektiven zu entwickeln und aussichtsreiche Schritte in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben zu unternehmen. Dies wird in dem im Mai 2007 veröffentlichten Papier „Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung“ anhand von sieben Eckpunkten beschrieben.

[www.freudenbergstiftung.de/index.php?id=494](http://www.freudenbergstiftung.de/index.php?id=494)

**BWP\_** Erfordert das verstärkte Engagement der Kommunen für Bildung eine Überprüfung bestehender Zuständigkeiten und Finanzstrukturen sowohl auf kommunaler Ebene als auch im Verhältnis zu Bund und Ländern?

**Hebborn\_** Bei der Umsetzung des Leitbildes der „kommunalen Bildungslandschaft“ in der konkreten Praxis erweisen sich die unterschiedlichen Zuständigkeiten insbesondere im Jugendhilfe- und Schulbereich vielfach als hinderlich. Generell sind die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten in der Jugendhilfe aufgrund der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung durch die Städte größer als in dem zwischen Ländern und Kommunen gesplitteten Schulbereich.

Gleichwohl ist eine Überprüfung bestehender Zuständigkeiten und Finanzstrukturen notwendig. Dies betrifft vor allem das Verhältnis von Ländern und Kommune. Das System der Schulfinanzierung bedarf einer grundlegenden Reform. Regelungsbedürftig sind insbesondere die künftige Finanzierung des schulischen Ergänzungspersonals, der Ausbau von Ganztagschulen sowie die Ausstattung der Schulen mit weiterer Informationstechnik. Über die Finanzierungsfragen hinaus müssen die kommunalen Zuständigkeiten insbesondere im Schulbereich mit Blick auf eine flexible Schulorganisation und entsprechend erweiterter Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Auch im Bereich der kulturellen Bildung und der Weiterbildung sind die Finanzierungsstrukturen nachhaltig zu verbessern. Bei der Weiterbildung haben die Länder aus Haushaltsgründen in den vergangenen Jahren massiv gekürzt. Angesichts der Bedeutung der Volkshochschulen als kommunale Weiter-

bildungszentren und wichtiger Bestandteil der kommunalen Bildungslandschaft muss die Finanzierung in den nächsten Jahren nachhaltig verbessert werden.

**BWP\_** Die Gestaltung eines kommunalen Bildungsraums bedarf einer soliden Datenbasis. Worauf können die Kommunen bei der Entwicklung bedarfsgerechter Angebotsstrukturen zurückgreifen? Welche Voraussetzungen sind ggf. noch zu schaffen?

**Hebborn\_** Die verschiedenen bildungsbezogenen Planungsebenen und -bereiche in den Kommunen sind vielfach noch immer weitgehend getrennt. Dies gilt insbesondere für die Schulentwicklungsplanung des Schulträgers und die Jugendhilfeplanung. In der kommunalen Bildungslandschaft müssen beide Planungsbereiche systematisch integriert und mit weiteren Planungen (Soziales, Kultur, Weiterbildung) sowie der Stadtentwicklungsplanung abgestimmt werden. Dies ist nicht nur mit Blick auf die qualitative Weiterentwicklung der Bildung, sondern auch im Hinblick auf Effizienz und Ressourceneinsatz der knappen öffentlichen Mittel notwendig.

Als Grundlage der Planungen sowie der Struktur- und Finanzentscheidungen sollte mittelfristig eine kontinuierliche und kleinräumig orientierte Bildungsberichterstattung als Datenbasis und Steuerungsgrundlage etabliert werden. Auf dieser Basis könnten dann gemeinsame Ziele im Rahmen des bildungspolitischen Gesamtkonzeptes zwischen den Akteuren entwickelt werden. Einige Städte haben bereits kommunale Bildungsberichte veröffentlicht (z. B. München, Dortmund, Offenbach). Mit Blick auf Vergleichbarkeit und den Aufwand in den Kommunen sollte ein allgemein verbindlicher Indikatorenkatalog relevanter Bildungsdaten gemeinsam mit den statistischen Stellen von Ländern und Städten entwickelt werden.

**BWP\_** Ab Herbst 2009 werden Kreise und kreisfreie Städte durch das BMBF-Programm „Lernen vor Ort“ mit 60 Millionen Euro in der Entwicklung und der Verstetigung eines lokalen kohärenten Bildungsmanagements gefördert. Welche Impulse sind für die Umsetzung einer Strategie lebenslangen Lernens in den Kommunen zu erwarten?

**Hebborn\_** Das BMBF-Programm „Lernen vor Ort“ ist im „Innovationskreis Weiterbildung“ entwickelt worden. Der Deutsche Städtetag hat daran maßgeblich mitgewirkt. Im Kern ist mit dem Ziel Entwicklung und Verstetigung eines lokalen kohärenten Bildungsmanagements die kommunale Bildungslandschaft gemeint. Aus diesem Grunde unterstützen wir dieses Programm nachdrücklich. Es kann wichtige Impulse für die Umsetzung eines bildungsbiografisch orientierten Konzepts lebenslangen Lernens geben. Angesichts der Beteiligung von Kommunen unterschiedlicher



Größenordnung und Struktur sowie der vorgesehenen Laufzeit von drei bis fünf Jahren können wertvolle Erfahrungen und Ergebnisse bei der Implementierung von Zusammenarbeit und Vernetzung gewonnen werden. Dadurch besteht die Chance auf Nachhaltigkeit und die Übertragung entsprechender Konzepte auch auf andere Kommunen.

**BWP\_** Das Programm will vor allem Bündnisse im Sinne des Public Private Partnerships unterstützen. Stiftungen spielen dabei eine zentrale Rolle: Wie könnte Ihrer Meinung nach eine konkrete Zusammenarbeit aussehen?

**Hebborn\_** Die Einbeziehung der Stiftungen als Partner in das Programm ist zu begrüßen. Aus kommunaler Sicht kommt den Stiftungen als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements eine besondere Bedeutung zu. Die Zusammenarbeit ist dabei nicht in erster Linie unter finanziellen Gesichtspunkten zu sehen. Es geht aus meiner Sicht nicht primär darum, ob und in welcher Höhe Stiftungen finanzielle Ressourcen bereitstellen. Wichtiger erscheint, das Know-how der Stiftungen beim Management von Projekten, für die Beratung und für innovative Ideen und Vorstellungen jenseits staatlich-kommunalen Zuständigkeitsdenkens sinnvoll einzubeziehen. Die konkrete Zusammenarbeit könnte in diesem Sinne bspw. die Übernahme von Beratungsfunktionen, die Durchführung von Konferenzen und Workshops zu bestimmten Themen, aber durchaus auch die Förderung von konkreten Projekten, z. B. im Bereich des Übergangsmanagements Schule – Beruf, umfassen.

**BWP\_** Durch welche Aktivitäten wird der Deutsche Städtetag die Kommunen darin unterstützen, ihr bildungspolitisches Engagement zu verstärken?

**Hebborn\_** Der Deutsche Städtetag versteht sich nicht nur als Interessenvertretung der Städte gegenüber Bund und Ländern, sondern auch als Netzwerk für Informationen und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedstädten. Hierzu existiert eine differenzierte Struktur von Gremien innerhalb des Verbandes. Dabei geht es vor allem darum, den Transfer guter Beispiele unter den Städten zu fördern sowie Empfehlungen und Erfolgsfaktoren gelungener Zusammenarbeit zu propagieren. Im Herbst 2007 veranstaltete der Deutsche Städtetag in Aachen den Kongress „Bildung in der Stadt“, der von über 1000 Teilnehmenden besucht wurde und zu dessen Abschluss die „Aachener Erklärung“ veröffentlicht wurde. Dieser Dialog wird auch in der Zukunft fortgesetzt. Daneben tritt der Deutsche Städtetag gegenüber Bund und Ländern für kommunalfreundliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen im Hinblick auf ein kommunales Engagement in der Bildung ein. ■

(Fragen: Dr. Ursula Bylinski/Christiane Jäger)

# Lebenslanges Lernen



## Abschlussbericht LEWUS

Wie muss sich Weiterbildung auf kommunaler Ebene verändern, um auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren?

Dieser Abschlussbericht des Modellprojekts „Lernende Einrichtungen der Weiterbildung in Umbruchsituationen“ (LEWUS) präsentiert Erfahrungen, Ansätze und Tipps für Weiterbildungseinrichtungen. Dabei werden Theorien zum gesellschaftlichen Wandel aus verschiedenen Perspektiven erörtert, Ergebnisse aus der Projektarbeit vorgestellt sowie Methoden und Instrumente für die Praxis erläutert.

Andrea Faulseit-Stüber,  
Johanna Gernentz,  
Ulrike Kron, Karin Weiss  
(Hg.)

### Weiterbildung und kommunales Engagement

Anregungen für die Praxis

2009, 192 S.,

29,90 € (D)/49,90 SFr

ISBN 978-3-7639-3666-3

Best.-Nr. 6001923

[www.wbv.de](http://www.wbv.de)

W. Bertelsmann Verlag  
Bestellung per Telefon 0521 91101-11 per E-Mail [service@wbv.de](mailto:service@wbv.de)

